



TERMIN DER WOCHE
Frankreichs Außenminister Laurent Fabius kommt am Mittwoch nach Berlin. Er nimmt – als zweites französisches Regierungsmitglied nach der damaligen Wirtschaftsministerin und heutigen IWF-Chefin Christine Lagarde – an der Kabinettsitzung um 9.30 Uhr teil.



AMTSBLATT Womit Sie in dieser Woche im Regierungsviertel rechnen müssen

Mittwoch: Aufzug „Friedliche homosexuelle Demonstration“, Start 16.30 Uhr am Hermannplatz +++ Samstag: Demonstration „Kobane ist nicht alleine“, Start 17 Uhr in der Brunnenstraße

Ein SATZ
Der Tagesspiegel fragt – und Korrespondenten antworten

Genug?
Bei der Innenministerkonferenz am Freitag wird es auch um eine bessere Verteilung der Flüchtlinge in Europa gehen. Ist Deutschland überfordert mit der steigenden Zahl von Asylbewerbern?

„Nein. Deutschland ist in Europa das am wenigsten überforderte Land. Was fehlt, ist Koordination in Europa und gute Organisation in den deutschen Bundesländern.“
Donata Riedel
Handelsblatt

„Ja, aber nur weil unsere Innenpolitiker überfordert sind. Sie ducken sich weg, aus Furcht vor Ressentiments in der Bevölkerung.“
Marc Brost
Die Zeit

„Wenn der Strom der Flüchtlinge nicht abebbt, kann sich Deutschland nicht hinter vermeintlicher Überforderung verstecken. Die anderen EU-Staaten können es aber auch nicht.“
Nikolaus Blome
Der Spiegel

„Nein. Deutschland hätte sich besser vorbereiten müssen. Dass jetzt über Menschen wie über Frachttgut verhandelt wird, muss unbedingt vermieden werden.“
Anja Maier
TAZ – die Tageszeitung

„Nein.“
Günter Bannas
Frankfurter Allgemeine Zeitung
„Nein, aber es ist trotzdem wichtig, dass auch andere EU-Länder sich endlich stärker einbringen. Denn das Flüchtlingsproblem bleibt und wächst.“
Werner Kothoff
Saarbrücker Zeitung

Morbach ist ein kleines Städtchen in Hunsrück, hat aber einen Weltmarktführer zu bieten, der momentan sogar die europäische Politik beschäftigt. Der weltgrößte Plastiktütenhersteller, der ausgerechnet Papier-Mettler heißt, taucht im laufenden EU-Gesetzgebungsverfahren immer wieder auf. Am 21. Oktober wird eine weitere Etappe im Streit um die Tüte genommen, und die deutsche Lobby hat dabei offensichtlich sehr erfolgreich gearbeitet. Nach drei Jahren Verhandlung ist vom ursprünglich angekündigten „Plastiktütenverbot“ kaum noch etwas übrig.

Am Anfang stand die umweltpolitisch desaströse Erkenntnis, dass von den 98,6 Milliarden Plastiktüten, die jedes Jahr in Europa verwendet werden, mindestens acht Milliarden Stück an allen Mülltrennungssystemen vorbei einfach weggeworfen werden. Viele davon landen im Meer, lösen sich dort – wenn auch nur extrem langsam – auf und machen der Tierwelt zu schaffen. In der Nordsee haben Untersuchungen zufolge 94 Prozent aller Vögel kleine Plastikteilchen im Magen.

Hierzulande sitzt der größte Hersteller von Tüten
EU-Umweltkommissar Janez Potocnik versprach seinerzeit, gesetzlich aktiv zu werden: „Wir schauen alle Optionen an – auch ein europaweites Verbot von Kunststofftaschen.“ Der war im Frühjahr 2011. Dann begann die Lobbyarbeit.

Zweiinhalb Jahre später, Anfang November 2012, ergriffen die der Slowene Potocnik dann seine Gesetzesinitiative. Von einem Verbot aller Arten von Plastiktüten ist da allerdings schon nicht mehr die Rede – was unter anderem mit Papier-Mettler zu tun gehabt haben dürfte. Die EU-Kommission hörte schon in Vorfeld, als sie die Erfolgchancen ihres Vorschlags testete, aus Deutschland eindeutige Signale. „Die Bundesrepublik war kein Treiber in dieser Geschichte“, sagt der CDU-Euro-Parlamentarier Peter Liese. Im Namen von Papier-Mettler, wo vor allem dickere Plastiktüten hergestellt werden, wurde auch der aus Stuttgart stammende Andreas Geiger von der Lobbyagentur Alber & Geiger mit Sitz in Berlin und Brüssel bei der Kommission vorstellig. Und überzeugte offensichtlich.

Am Ende jedenfalls schlug die Kommission lediglich vor, dass die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen ergreifen müssen, um den Plastikmüll zu reduzieren – ob nun über eine Versteuerung der Tüten oder ein Verbot wird ihnen überlassen. Ein vollständiges Verbot allerdings verhindern momentan schon EU-Wettbewerbsregeln. Auch ohne Verbot könne man tolle Erfolge erzielen, hieß es mit Blick auf Irland, um ein festgelegter Tütenpreis dazu geführt hat, dass ein Durchschnitts-Ire nur noch 18 Plastiktüten im Jahr ver-



Sauber eingetütet

Die Europäer sollen weniger Plastiktüten verbrauchen, weil diese umweltschädlich sind. So weit, so einfach. Doch wenn sich 28 Staaten auf eine Position einigen, dann bleibt von Initiativen häufig wenig übrig. Ein Lehrstück über deutsche Lobbyarbeit in Brüssel

VON CHRISTOPHER ZIEDLER UND ELISA SIMANTKE

braucht, während es im EU-Schnitt 198 sind. Deutschland liegt mit einem Verbrauch von 71 Tüten pro Kopf im Jahr ebenfalls auf einem der hinteren Plätze in der Statistik. Spitzenreiter ist Bulgarien mit 421 Beuteln. Und die Kommission kam auch Deutschland entgegen: Gar nicht mehr betroffen sind von Potocniks Gesetzesvorschlag nun Tüten mit einer Stärke von mehr als einem halben Millimeter, sie vier Papier-Mettler herstellt. Es trifft vor-

allem dünne Tüten, die hauptsächlich in Asien produziert werden. Offiziell wird dies damit begründet, dass dickere Tüten potenziell vom Verbraucher öfter verwendet und wiederverwert werden können. Inoffiziell mag sich jeder seinen Teil denken. Eine belastbare Statistik über Recyclingquoten gibt es nämlich nicht in Deutschland und erst recht nicht auf EU-Ebene. Und so sind die größten Sorgen in Morbach schon vorab ausgeräumt. Nun folgt

der nächste Schritt. Das EU-Parlament hat seine Position zum Kommissionsvorschlag mittlerweile abgestimmt. Die 28 Mitgliedstaaten wollen ihn Kompromiss bei einem Treffen der Umweltminister am 21. Oktober finden, um dann in die abschließenden sogenannten Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament zu gehen. Vor dem Kompromiss zwischen den Mitgliedstaaten wird noch ein zweites

Ausnahmen gerungen. Was passiert etwa mit jenen dünnen Tüten, in die der Metzger das Fleisch einpackt? Würde er es sonst nicht vielleicht in eine Schaumstoffschale einschweißen? „Wir wollen nicht eine umweltschädliche Verpackung durch eine noch umweltschädlichere ersetzen“, sagt ein EU-Diplomat. Das Parlament fordert eine Ausnahme für „hygienische Zwecke“.

Die Deutschen haben sich schon bereit erklärt, heißt es auch einer geringfügig dickeren „Wandstärke“ zuzustimmen – die aber Papier-Mettler immer noch nicht wirklich gefährlich werden würde. Umweltschutzorganisationen sind über die deutsche Lobbyarbeit nicht glücklich. „Dann wird eben die Wandstärke leicht erhöht und die Probleme bleiben die gleichen“, sagt Thomas Fischer von der Deutschen Umwelthilfe. „Sie werden sich sogar noch verstärken, weil so mehr schädliches Material produziert wird.“ Eigentlich helfe nur, wie in vielen deutschen Supermärkten schon üblich, die Tüten nicht kostenlos auszugeben. Das sollte dann aber auch auf den restlichen Einzelhandel wie etwa Kleintierläden gelten.

Ganz gelassen kann der deutsche Tütenhersteller das Gefelsche unter den Mitgliedstaaten trotzdem nicht sehen. Das liegt an dem Sonderwunsch der Italiener. Das italienische Morbach heißt Novara. Hier sitzt Novamoni, einer der größten Hersteller von sogenanntem Bioplastik. Die italienische Regierung, die derzeit auch den EU-Ratsvorsitz innehat, will die „Biotüte“ unbedingt ebenfalls von seinem Gesetz ausnehmen. Das EU-Parlament hat in seiner Position auf Drängen italienischer Abgeordneter bereits dafür votiert.

Die EU-Kommission hatte bei ihrem Vorschlag bewusst keine Entscheidung zugunsten der „Biotüte“ getroffen, da die wissenschaftlichen Erkenntnisse dürftig sind. Eine voll biologisch abbaubare Tüte gibt es noch nicht, sie besteht bisher nur zu etwa 30 Prozent aus Maisstärke, der Rest ist

AGENDA
IMMER WÖCHENTLICH
Die nächste Ausgabe erscheint am kommenden Dienstag

wie gehabt unverrottbares Plastik. Viele Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, sind deshalb gegen die Ausnahme.

Bei Papier-Mettler in Morbach fürchten sie, dass der Konkurrent die Tüte auch ohne Sonderstatus auf den Markt wirft und Italiens Regierung nichts dagegen unternimmt. Dann hätte den Deutschen die Plastiktüttenoffensive weniger genutzt, als erhofft.

Sicher ist in jedem Fall: Das „Plastiktütenverbot“, das Umweltschützer glücklich machen sollte und für EU-Kritiker schon jetzt als neuer Übergang aus Brüssel erhalten muss, wird wohl mehr Ausnahmen als Regeln beinhalten.

Political Animal
So viel zur Verteidigung
Die schwarze Null – wie man mit ihr auch Sicherheitspolitik macht
nicht in Gleichgültigkeit umschlagen darf. Hinzu kommt, dass wir als Gesellschaft älter werden und daher von außen eher nicht gestört werden wollen. Lieber keine Veränderung, so denken viele, bitte nichts Anstrengendes, Ungewisses. Doch die Welt des 21. Jahrhunderts wird uns nicht...

NAMEN IN AGENDA
Kate Adams (Seite 13)
Egon Bahr (Seite 16)
James Baker (Seite 14)
José Manuel Barroso (Seite 12)
Vivi Bentin (Seite 13)
Georg W. Bush (Seite 13)
Michael Chodorowski (Seite 14)
Ray Cunningham (Seite 15)
Bernhard Delle (Seite 14)
Claudio Eichert-Schäfer (Seite 13)
Gernot Erler (Seite 16)
Laurent Fabius (Seite 11)
Joachim H. Faust (Seite 14)
Thomas Fischer (Seite 11)
Sigmar Gabriel (Seite 14)
Joachim Gauck (Seite 13)
Peter Gauweiler (Seite 12)
Andreas Geiger (Seite 11)
Hans-Dietrich Genscher (Seite 14)
Frank Graf (Seite 13)
Ingrid Hamm (Seite 15)
Jean-Claude Juncker (Seite 12)
Henry Kissinger (Seite 14)
Teddy Kolek (Seite 14)
Christine Lagarde (Seite 11)
Anja Langenbucher (Seite 15)
Simone Lau (Seite 13)
Peter Liese (Seite 11)
Bernad Lucke (Seite 12)
Angela Merkel (Seite 13, 14 und 16)
Daniel Mayer (Seite 13)
Edka Müller (Seite 16)
Nursultan Nasarbajew (Seite 14)
Dirk Niebel (Seite 14)
Florian Nöll (Seite 14)
Barack Obama (Seite 13)
Andreas Potocnik (Seite 11)
Wladimir Putin (Seite 13, 14 und 16)
Lucia Puttrich (Seite 13)
Philipp Rösler (Seite 14)
Kallista Satsyrihi (Seite 15)
Wolfgang Schäuble (Seite 11)
Gernhart Schröder (Seite 12)
Martin Schulz (Seite 12)
Rudolf Speth (Seite 16)
Frank-Walter Steinmeier (Seite 16)
Edmund Stoiber (Seite 12)
Marc S. Tenberg (Seite 14)
Frans Timmermans (Seite 12)
Herman van Rompuy (Seite 12)
Ursula von der Leyen (Seite 13)
Manfred Weber (Seite 12)
Klaus Wowereit (Seite 13)
Brigitte Zypries (Seite 14)